SSOAR

Open Access Repository

www.ssoar.info

Politikwissenschaft als Männerberuf? Geschlechterforschung in der Politikwissenschaft

Sauer, Birgit

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Sauer, B. (2001). Politikwissenschaft als Männerberuf? Geschlechterforschung in der Politikwissenschaft. *SWS-Rundschau*, *41*(1), 81-98. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-165824

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Politikwissenschaft als Männerberuf?

Geschlechterforschung in der Politikwissenschaft

Birgit Sauer (Wien)

Politikwissenschaft ist sowohl im im deutschsprachigen als auch im angelsächsischen Raum eine besonders „geschlechtsresistente" Disziplin. Diese disziplinäre Widerständigkeit hat mehrere Ursachen: erstens die männerbündische Personalrekrutierung des Faches, zweitens den strukturellen Maskulinismus des Politikwissenschaftsbetriebs und eine daraus folgende männlich-hegemoniale Themenauswahl und drittens einen immanenten Androzentrismus von Konzepten, Theorien und Problemstellungen. Darüber hinaus ist die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung, die das Ziel hat, die Mechanismen der „androzentrischen Geschlechtsblindheit" offen zu legen, doppelt marginalisiert – nicht nur innerhalb der Politikwissenschaft, sondern auch im Konzert der frauen- und geschlechterforscherischen Disziplinen. Diese Randständigkeit kann die vergleichsweise junge politikwissenschaftliche Geschlechterforschung überwinden, wenn sie mehr Selbst„bewusstsein" im Sinne des Wissens um ihren Gegenstand geschaffen hat.

1. Einleitung

Im Jahr 1919 legte der deutsche Soziologe Max Weber die Besonderheiten des Berufsfelds „Politik" dar. Politik sei, so Weber, „ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß". Wer dieses Metier beherrschen will, der „muss ein Führer, und nicht nur das, sondern auch (...) ein Held sein" (Weber 1993, 82f.). Wie selbstverständlich ging Weber davon aus, dass der Politikerberuf von Männern ausgeübt wird – und dies obwohl seine Ehefrau Marianne zur selben Zeit als eine der ersten weiblichen Abgeordneten in den Badischen Landtag einzog. Nur Männer, so legt der Wissenschafter nahe, besitzen solch heldenhaften Tugenden, Frauen hingegen finden in Webers Vortrag nur als „alte Weiber" (ebd., 66), als „Dirnen" (ebd., 75), immerhin auch als Politikerinnen des Privaten, nämlich als „kluge(n) Frau, die ihren Mann zu lenken trachtet", Erwähnung (ebd., 5).

Mehr als 80 Jahre später präsentieren sich die politischen Systeme westlicher Industriestaaten „weiblicher" in dem Sinne, dass in Parlamenten, in Parteien und sogar in der staatlichen Verwaltung der Frauenanteil gestiegen ist, dass also Politik auch ein Beruf für Frauen geworden ist. Und doch scheint die „gläserne Decke", die Frauen unsichtbar, aber nachhaltig am beruflichen Aufstieg hindert, in der Politik eher aus Beton gefertigt. Trotz Quotierungs- und Frauenfördermaßnahmen bleiben entscheidungsrelevante und prestige- bzw. machtträchtige Institutionen Männerdomänen, zu denen Frauen nicht selbstverständlichen Zugang erhalten.

Diese männliche Exklusivität in der Politik wird nun von einer Männerdominanz in der Wissenschaft von der Politik „sekundiert".[1] Die Politikwissenschaft ist in Österreich wie in Deutschland eine in besonderem Maße „gender"-resistente Disziplin.[2] Sie behandelt ihre Forschungsgegenstände und Themen geschlechtsneutral, negiert also, dass das Geschlecht in der Politik einen „Unterschied" macht. Gerade diese Dethematisierung von Geschlecht aber garantiert die Beibehaltung männlicher Forschungstraditionen, sodass politikwissenschaftliche Untersuchungen oft nicht in der Lage sind, politische Benachteiligung von Frauen zu erkennen und zu kritisieren.

Politikwissenschaftliche Geschlechterforschung[3] will nun diese verdeckte Männlichkeit sichtbar machen. Um die geschlechterforscherischen Innovationen, aber auch die Grenzen und Begrenzungen dieser noch jungen Teildisziplin erklären zu können, stelle ich im Folgenden *erstens* die historischen Wegmarken feministischer Politikwissenschaft im deutschen Sprachraum dar. *Zweitens* werde ich dann die Charakteristika des politikwissenschaftlichen Androzentrismus (Männerzentriertheit) aufzeigen und *drittens* vor der Folie gegenwärtiger politischer Transformationen die Frage beantworten, was feministische Politikwissenschaft leisten könnte und sollte. Daran anknüpfend mache ich *viertens* Vorschläge für eine Weiterentwicklung politikwissenschaftlicher Geschlechtertheorie und -forschung.

2. Politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung – Die Geschichte einer zweifachen Marginalisierung

Politikwissenschaftliche Geschlechterforschung hat trotz ihrer sukzessiven universitären Etablierung seit Mitte der achtziger Jahre innerhalb der Disziplin keinen selbstverständlichen Status: Es gibt zwar eine aktive geschlechterforscherische Community, zu der beispielsweise die Arbeitskreise „Politik und Geschlecht" in der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW) und der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) sowie das „Netzwerk politisch und politikwissenschaftlich arbeitender Frauen" gehören. Zwar erscheinen zwei feministische politikwissenschaftliche Buchreihen sowie die politikwissenschaftliche Fachzeitschrift „femina politica", und debattiert die „Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft" (ÖZP) regelmäßig Geschlechterthemen. In Deutschland sind vier politikwissenschaftliche Professuren mit dem Schwerpunkt „Frauen- und Geschlechterforschung" besetzt, und es stehen weitere eineinhalb Stellen zur Besetzung an. Im politologisch weit

1 Man verzeihe mir die militaristische Wortwahl aus der Welt des Männerrituals „Duell".

2 Der Begriff „gender" (Geschlecht) bezeichnet die sozial hergestellte Geschlechtsidentität im Unterschied zu „sex", welcher das biologische Geschlecht meint.

3 Ich verwende im Folgenden unterschiedliche Bezeichnungen, die ich kurz voneinander abgrenzen möchte: Während *Frauenforschung* vornehmlich auf die „Thematisierung und Sichtbarmachung von Frauen" abzielt, geht es der *Geschlechterforschung* um die „Dekonstruktion der Geschlechterverhältnisse" (Gehmacher/ Singer 1999, 30). Der Begriff „feministische Politikwissenschaft" zielt vor allem auf die *politische* Norm der Geschlechtergleichheit.

„kleineren" Österreich[4] ist eine Professur mit der Bezeichnung „Frauenforschung" in Innsbruck besetzt, während am Wiener Institut zwei ausgewiesene Feministinnen ordentliche Professuren inne haben. Und doch gilt noch immer: Die Wogen feministischer Kritik sind höchstens als sanfte Erschütterungen im politikwissenschaftlichen „Malestream"[5] angekommen. Geschlechterforschung bekam in der politikwissenschaftlichen Community ein kleines Gärtchen am Rande. Auch wenn in Österreich – anders als in Deutschland – kein ernst zu nehmender politikwissenschaftlicher Sammelband ohne das Thema „Frau" auskommt, so ist die Aufmerksamkeitsteilung zwischen „Malestream" und Geschlechterforschung auch hier keineswegs überwunden.

Helen Silverberg (1990, 887) wies auf ein weiteres Problem hin: Feministische Politikwissenschaft hat auch im Chor der Frauenforschung nur eine leise Stimme; dort geben eher Geschichtswissenschaft und Soziologie den Ton an. Dies erstaunt zunächst, entstand doch Frauenforschung im Kontext der Frauenbewegung, die mit der Forderung nach Entgrenzung des *Politischen* („Das Private ist politisch") erfolgreich politische Mitstreiterinnen mobilisierte. Eine Ursache für diese doppelte Marginalisierung der politikwissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung ist ihre *institutionelle Verspätung* im Vergleich zu den anderen Disziplinen. Bis zum Beginn der neunziger Jahre gab es nur vereinzelte, meist in Zeitschriften oder Sammelbänden publizierte feministisch-politikwissenschaftliche Arbeiten (dazu u.a. Kreisky 1975, Köpl 1984, Schaeffer-Hegel 1984, Kontos 1986, Neyer 1986).

Ein Grund für diese Verspätung war der politikwissenschaftliche Gegenstandsbereich selbst, denn Staat und politische Institutionen sperrten sich gegen eine Vergeschlechtlichung stärker als soziologische Themen wie Familie oder Arbeitsmarkt. Doch weit schwerer wog der Abwehrgestus der Disziplin, der feministische Politikwissenschafterinnen zu wissenschaftlichen Ausweichstrategien zwang: Sie suchten wissenschaftliches Asyl in leichter zugänglichen Disziplinen wie der Soziologie und der Geschichtswissenschaft und arbeiteten mit den in diesen Disziplinen vorherrschenden Ansätzen und Fragerichtungen. Durch dieses disziplinäre „Fremdgehen" entwickelte sich aber das professionelle Selbstbewusstsein als Politologin nicht so weit wie jenes von Feministinnen in anderen professionalisierten Disziplinen.

Die Konsequenz dieser Verspätung ist nun, dass *politikwissenschaftliche* Kategorien und Fragestellungen, politische Prozesse, Institutionen und Normen in der kurzen Disziplingeschichte politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung im deutschsprachigen Raum feministisch noch vergleichsweise unerforscht sind. In den *siebziger und frühen achtziger Jahren* entstand im deutschsprachigen Raum als eine der ersten feministischen Disziplinen die Sozialstaatsanalyse in der Soziologie. Ihr primäres Anliegen war es, Frauen und ihre üblicherweise als „privat" abqualifizierten Lebenszusammenhänge in die Forschung einzubringen. So wurden beispielsweise die „wei-

4 In Deutschland gibt es 1998 insgesamt 284 Politologie-Professuren, in Österreich sind es 16.

5 Diesen Begriff führte Mary O'Brien 1981 in die feministische Debatte ein (Hartsock 1990, 151). Er macht auf die Männerlastigkeit („male" = männlich) dominanter wissenschaftlicher Theorien und Konzepte („Mainstream" = Hauptstrom) aufmerksam.

chen" Sphären der Familien-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik mit ihren Folgen für die Lebenssituation von Frauen analysiert. Diese feministischen Studien belegten beispielsweise, dass der Sozialstaat Wohlfahrt nicht geschlechtsneutral garantiert, sondern dass im Gegenteil sozialstaatliche Leistungen die Geschlechterhierarchie zementieren, anstatt sie aufzulösen (vgl. u.a. Kickbusch/ Riedmüller 1984).

Bis in die *siebziger Jahre* blieb Maurice Duvergers im Auftrag der UNESCO entstandene Arbeit „The Political Role of Women" (1955), in der er die politische Partizipation von Frauen in vier westeuropäischen Ländern verglich, die einzig einschlägige und systematische Studie zum politischen Verhalten von Frauen. Am Beginn politikwissenschaftlicher Frauenforschung stand deshalb das Anliegen, Frauen in der Politik „sichtbar" zu machen. Frauen sollten in gängige politikwissenschaftliche Untersuchungen mit dem Ziel hineingeschrieben werden, ihre politischen Verhaltens- und Einstellungsmuster zu vermessen. Doch dieses Vorgehen konservierte die traditionellen Missverständnisse über das politische Verhalten von Frauen: Gemessen am Ideal des männlichen Aktivbürgers mussten Frauen trotz ihrer politischen Mobilisierung seit den siebziger Jahren defizitär bleiben. Frauenbewegte Formen politischer Aktivität blieben nämlich aus den Forschungsdesigns ausgeblendet, und die trotz steigenden politischen Mobilisierungsgrades von Frauen weiterhin bestehende politische Unterrepräsentation von Frauen in politischen Institutionen blieb völlig unerklärt.

Das Verdienst feministischer Wissenschaft der *achtziger Jahre* war die Demontage des Mythos von der „unpolitischen Frau" (so z.B. Meyer 1992). Politische Einstellungen und politisches Verhalten von Frauen seien differenzierter zu beurteilen, als dies die Begriffe und Instrumente der Wahl- und Einstellungsforschung erlauben. Frauen, so ein Erklärungsansatz, sind nicht unpolitisch, sondern sie sind mit den Formen traditioneller Politik unzufrieden: Sie distanzieren sich vergleichsweise bewusst von der Politik, ja sie *verweigern* sich sogar formalisierter politischer Partizipation wie beispielsweise Engagement in Parteien (Cornelißen 1993, 329). Der politische Ausschluss von Frauen aus politischen Institutionen wurde nun positiv (um-)gedeutet: Frauen haben ein „anderes", „weibliches" Politikverständnis. Grundlage dieses unterstellten weiblichen Politikverständnisses waren aber die tradierten *dichotomen Geschlechtscharaktere*. Dadurch blieben Frauen die komplementären Wesen, Projektionen der männlichen Ordnung, während Männer weiterhin das politische Maß bildeten. Im Erklärungsansatz des „anderen" Politikverständnisses gerieten zudem jene politischen Strukturen, die Frauen aus politischer Entscheidungsmacht ausschließen, aus dem Blick. Der depolitisierende Charakter des politischen Institutionengefüges mit seinen verheerenden Folgen für Geschlechterdemokratie rückte gegenüber der Idee einer besseren politischen Moral von Frauen in den wissenschaftlichen Hintergrund (so etwa Gilligan 1984).

Entscheidende Impulse zur Herausbildung eines sichtbaren Publikationswesens in der deutschsprachigen Politikwissenschaft (vgl. u.a.: Rosenberger 1992, Appelt/ Neyer 1994, Kreisky/ Sauer 1995, Kulawik/ Sauer 1996, Kerchner/ Wilde 1997) gingen am *Beginn der neunziger Jahre* von der Etablierung weiblicher Arbeits- und Diskussionszusammenhänge im politikwissenschaftlichen Bezugsfeld aus. Politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung wurde seit der zweiten Hälfte der achtziger

Jahre in der Bundesrepublik Deutschland und am Beginn der neunziger Jahre in Österreich universitär institutionalisiert. Vor allem Sonderprogramme für Frauen- und Geschlechterforschung ließen den Arbeitsbereich seit den neunziger Jahren personell expandieren und thematisch diversifizieren. *Die* politikwissenschaftliche Geschlechterforschung gibt es am *Ende der neunziger Jahre* längst nicht mehr, sondern unterschiedliche theoretische Ansätze und empirische Herangehensweisen bewohnen das Haus politikwissenschaftlicher Frauen- und Geschlechterforschung. Die Entwicklung feministischer Ansätze vom liberalen Gleichheitspostulat über marxistische Ansätze, Standpunktfeminismus und gynozentrischen Differenzfeminismus bis hin zu dekonstruktivistischen und postmodernen Ansätzen fand ihren Niederschlag in der politikwissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung.[6]

Der disziplinären Etablierung feministischer Politikwissenschaft entsprach ein „Paradigmenwechsel", der mit der begrifflichen Verschiebung von der Frauen- zur Geschlechterforschung angezeigt wird. Die Untersuchung des politisch Abwesenden und Unsichtbaren – Frauen in der institutionalisierten Politik nämlich – rückte immer mehr auch das andere Geschlecht und das Geschlechter*verhältnis* ins Zentrum politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung. Nicht zuletzt die Etablierung staatlicher Frauen- und Gleichstellungspolitik sowie die gestiegene Repräsentanz von Frauen in einem geheimen Bereich politischer Entscheidungen führten zu einer intensiveren feministischen Beschäftigung mit den männlich codierten staatlich-politischen Institutionen. Das Neue der dem Geschlechterparadigma verpflichteten feministischen Ansätze ist außerdem ihre explizite Bezugnahme: Politikwissenschafterinnen unterziehen heute zentrale Kategorien und Begriffe wie Öffentlichkeit, Macht und Herrschaft, Interessen, Institutionen und Staat einer grundsätzlichen geschlechtersensiblen Kritik. Intendiert ist nicht nur eine *Addition* des bislang übersehenen Forschungsgegenstands *„Frau"* zum politikwissenschaftlichen Themenbereich, sondern vielmehr eine *Revolutionierung* der als selbstverständlich erachteten geschlechtsneutralen Ansätze und Vorgehensweisen. Politikwissenschafterinnen begannen darüber hinaus, sich auch mit dem „harten Kern" der Disziplin zu befassen: mit Verwaltungshandeln, mit Staatskonzepten, mit Internationalen Beziehungen und mit ideengeschichtlichen Grundlagen moderner Demokratien. Mit dieser *geschlechter*forscherischen Neuorientierung ist ein großer Schritt in Richtung disziplinspezifischer Konturen und eines größeren Selbst„bewusstseins" im Sinne des Wissens um den *politikwissenschaftlichen* Gegenstand der Geschlechterforschung getan. Dies ist wiederum eine Bedingung dafür, dass feministische politik-

6 Der liberale Gleichheitsgedanke unterstellt die prinzipielle *Gleichheit* von Mann und Frau, die durch die Garantie von „Chancengleichheit" zu realisieren sei. Demgegenüber gehen „Standpunktfeminismus" und „gynozentrischer Differenzfeminismus" von der *Unterschiedlichkeit* beider Geschlechter aus, letzterer hebt die „Überlegenheit" von Frauen hervor. Marxistische Ansätze sehen patriarchale Herrschaftsverhältnisse analog zu Klassenverhältnissen in den gesellschaftlichen Produktionsbedingungen begründet, während dekonstruktivistische bzw. postmoderne Ansätze die Lokalisierung von Herrschaft in einem einzigen sozialen Mechanismus ablehnen und von der Differenz und Pluralität von Herrschaftsmechanismen ausgehen. Geschlecht als Herrschaftsmuster wird tendenziell „dekonstruiert", d.h. in vielfältige Ungleichheitsstrukturen aufgelöst.

wissenschaftliche Ansätze sowohl mehr Gehör in der Frauenforschung als auch in der Politikwissenschaft finden und ihre doppelte Marginalisierung überwinden.

3. „Androzentrische Geschlechtsblindheit" in der Politikwissenschaft

Politikwissenschaftliche Geschlechterforschung verfährt auch in empirischen Untersuchungen stets zweigleisig, weil sie zunächst die geschlechtsblinden Annahmen des Faches kritisch hinterfragen muss. Deshalb möchte ich kurz das Muster der Geschlechtsblindheit erläutern, das unmittelbar mit dem „*normalen* Androzentrismus" der Politikwissenschaft zusammenhängt: Männer bzw. Maskulinismus[7] sind „Normalität" in der Politikwissenschaft, Frauen und geschlechterforscherische Ansätze sind eine Abweichung. Wir können für die Politikwissenschaft also von einer paradoxen „androzentrischen Geschlechtsblindheit" sprechen, deren Ursachen in einem Faktorenbündel begründet liegen: *erstens* in der männerbündischen Personalrekrutierung des Faches, also in seiner veritablen „Bemanntheit", *zweitens* im strukturellen Maskulinismus des Politikwissenschaftsbetriebs und einer daraus folgenden männlich-hegemonialen Themenauswahl; *drittens* schließlich in einem immanenten Androzentrismus von Konzepten, Theorien und Problemstellungen. Dies möchte ich kurz ausführen.

3.1 Die „Bemanntheit" des Faches

Das männliche Personalmonopol der Politikwissenschaft ist trotz Antidiskriminierungs- und Frauenförderpolitik an den Hochschulen nahezu unhinterfragt: 1997 lag der Frauenanteil beim politikwissenschaftlichen Personal an bundesdeutschen Hochschulen bei insgesamt 23,86% (205 Frauen von 859); in der ProfessorInnenschaft betrug er 11,3% (32 Frauen von 283). Dies bedeutet eine Steigerung um 1% seit 1991, als der Frauenanteil an der politikwissenschaftlichen ProfessorInnenschaft bei etwa 10,3% lag. Ein wahrer Quantensprung erfolgte bis zum Jahr 1998: Von 284 Professuren waren 42 mit Frauen besetzt; das entspricht einem Frauenanteil von 14,8% (Statistisches Bundesamt 1993, 1999, 2000 und eigene Berechnungen).[8] In Österreich sieht die Situation ein wenig frauenfreundlicher aus: Im Jahr 2000 waren von den 16 ordentlichen politikwissenschaftlichen Professuren 3 von Frauen besetzt; das ist ein Anteil von 18,75%.

Worin diese männerbezogene Rekrutierung begründet liegt, lässt sich nur vermuten, da für das Fach Politikwissenschaft keine empirische Untersuchung vorliegt. Allerdings weisen Statistiken darauf hin, dass sich die Zahl von Frauen mit jeder Stufe der politikwissenschaftlichen Karriereleiter verringert: Beträgt der Frauenanteil bei den Erstinskribierten am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien über 50%, so liegt er bei den Absolventinnen dieses Instituts zwischen 1996 und 1999 bei 49,8% (212 Frauen von 426 AbsolventInnen). Der Frauenanteil bei abgeschlossenen Dissertationen liegt im selben Zeitraum bei 29% (27 von 93 abgeschlossenen Disser-

7 Maskulinismus bezeichnet den männlichen Charakter von Institutionen und Normen.

8 Bedauerlicherweise weist das Statistische Bundesamt in Deutschland keine Unterscheidung zwischen C3- und C4-Professuren aus.

tationen) (Evaluationsbericht 2000, 104ff. und eigene Berechnungen).[9] Ich vermute, dass junge Wissenschafter*innen* größere Schwierigkeiten haben, sich in die „Meister-Schüler-Dyade" mit einem Mann als Doktorvater einzufinden, als dies bei jungen männlichen Kollegen der Fall ist. Schließlich sind zweigeschlechtliche „Paarungen" in einem wissenschaftlichen Näheverhältnis noch immer vergleichsweise unerprobt und für beide Seiten nicht unmissverständlich. Eine eingeschlechtliche Reproduktion des wissenschaftlichen Nachwuchses erscheint als der unkompliziertere, eben „normalere" Weg. Diese akademischen „Distanzierungen" haben freilich insgesamt negative Konsequenzen für die Nachwuchswissenschafterinnen, insofern als sie nicht in ein förderndes und unterstützendes Netzwerk integriert sind: Ohne ein solches bleibt aber eine wissenschaftliche Karriere ein „wilder Hasard" (Weber 1995, 11). Die „Bemanntheit" des Faches ist wiederum ein bedeutsamer Filter für Geschlechterforschung: Maskulinismus als *Normalität* wird von den männlichen Kollegen nicht in Frage gestellt.

3.2 Der strukturelle Maskulinismus der Politikwissenschaft

Ein zentraler struktureller Männlichkeitsmechanismus liegt darin, dass auch die Politikwissenschaft nach dem Senioritätsprinzip organisiert ist: Gefördert und unterstützt werden Forschungsfragen, Ansätze und Personen, die durch einen bereits renommierten – in der Regel männlichen – Wissenschafter repräsentiert sind. Neue, innovative Ansätze wie die Geschlechterforschung finden deshalb für Forschungsprojekte oder Publikationen in Evaluations- und Begutachtungsverfahren nur schwer öffentliche Anerkennung.

Ich will dies an der Publikationspolitik von Fachzeitschriften verdeutlichen. Die deutschen politikwissenschaftlichen Zeitschriften *Politische Vierteljahresschrift* (*PVS)*, *Leviathan* und die *Zeitschrift für Politik* haben mehrheitlich männliche Autoren, und die Jubiläumsbände des *Leviathan* (Greiff u.a. 1997) und der *PVS* (Seibel u.a. 1997) dokumentieren die *eingeschlechtliche* Geschichte und Gegenwart des Faches. Hier sei beispielhaft die *PVS* näher untersucht, die im Auftrag des Vorstands der DVPW herausgegeben wird: Von 1989 bis 1994 schrieben dort insgesamt 155 AutorInnen, 16 davon waren Frauen; das entspricht einem Frauenanteil von 10,3%. Seither ist die Tendenz leicht steigend: Von 1995 bis 1999 schrieben 130 Personen in der PVS, davon waren 18 Frauen, d.h. 13%. Im Jahr 1999 waren 20% der PVS-AutorInnen Frauen. Auffallend ist freilich – wie so häufig, wenn Frauen in Institutionen integriert werden –, dass die Zahl der AutorInnen insgesamt anstieg und damit auch die Zahl der weiblichen Autoren.

Die genannten Publikationsorgane sind darüber hinaus alle als *geschlechtsblind* zu bezeichnen, denn kaum ein Artikel befasst sich mit der Geschlechterfrage. Im durchgesehenen Zeitraum von 1995 bis 1999 gab es nur einen Artikel in der PVS über ein

9 Leider ist die statistische Datenlage äußerst schlecht, so dass hier nur die Daten des Instituts für Politikwissenschaft an der Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften der Universität Wien herangezogen werden können, die vermutlich die Wirklichkeit nur verzerrt wiedergeben, da an diesem Institut durch den hohen Prozentsatz an weiblichen Lehrenden ein tendenziell „frauenförderndes Klima" herrscht. Doch auch hier lassen sich die Trends nachweisen.

Frauenthema, der von drei Autorinnen verfasst wurde (Blättel-Mink/ Mischau/ Kramer 1998). Eine Ausnahme von dieser maskulinistischen Publikationsregel bildet lediglich der Sonderband der *PVS* zum Geschlechterthema (Kreisky/ Sauer 1998).[10]

Anders präsentiert sich die *ÖZP*, die immer wieder Hefte und Beiträge zum Geschlechterthema veröffentlicht. Bereits 1978 erschien das erste Schwerpunktheft der ÖZP „Die Frau in der Gesellschaft". Bis Ende 2000 wurden insgesamt sieben Schwerpunkthefte zum Thema ediert, und von 1978 bis 2000 erschienen 63 Beiträge zur Geschlechterforschung (Rosenberger 1999, 144ff. und eigene Auswertung). Sieben Artikel davon erschienen unter der (Mit-)Autorenschaft von Männern. In den Jahren 1990 bis 2000 publizierten insgesamt 508 AutorInnen in der ÖZP, 118 davon waren Wissenschafterinnen; dies macht einen Frauenanteil von 23,3% aus (eigene Auswertung mit Unterstützung der ÖZP-Redakteurin Birgitt Haller).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Organisation des Publikations-, Gutachter- und Tagungsgeschehens die Androzentrik des Faches tendenziell fördert. Eine Spezifik der Politikwissenschaft kommt hinzu, die sie von anderen Fächern unterscheidet: Die Politikwissenschaft ist eine „junge Wissenschaft" in den Reihen der Geistes- und Sozialwissenschaften. Die Debatten um ihre „Wissenschaftlichkeit" und ihr „Selbstverständnis" nach dem „Prognosedesaster"[11] von 1989 machen die Notwendigkeit der Selbstvergewisserung, was denn Politikwissenschaft sei, deutlich. Diese „Verunsicherung" der Politikwissenschaft führte wiederum zur Reproduktion des „Bekannten" und „Ähnlichen" bzw. zu einer „Kanonisierung" des Faches, welche die Ränder tendenziell ausgrenzt, anstatt sie zu integrieren.[12]

3.3 Systematischer bzw. versachlichter Maskulinismus der Politikwissenschaft

Was ist nun über die „Bemanntheit" politikwissenschaftlicher Forschungs- und Lehreinrichtungen sowie über die Männerdominanz in den Publikationsorganen hinaus „androzentrische Normalität"? Der systematische bzw. „versachlichte" Maskulinismus[13] liegt in den politikwissenschaftlichen Konzepten und Problemstellungen begründet. Die Konzentration auf Männer ist der Politikwissenschaft von ihrem Gegenstand her gleichsam „vorgegeben": Der „top-down focus" (Waylen 1994, 331) einer *Elitetheorie der Politik* erklärt lediglich eine kleine Gruppe, die politische bzw. strategische Funktionselite, also mehrheitlich Männer, zu politischen Akteuren – und selbst bei *partizipations- bzw. basisdemokratisch* orientierten Forschungen spielen Frauen nur eine marginale Rolle (vgl. zur Kritik: Dackweiler 1998).

10 Auch das *Schweizerische Jahrbuch für Politische Wissenschaft* widmete sich 1995 dem Geschlechterthema (Frauen und Politik 1995).

11 Der plötzliche Zusammenbruch des Realsozialismus wurde zu einem „schwarzen Freitag" der Sozial- bzw. Politikwissenschaft (von Beyme 1994, 35).

12 Nimmt man hier wiederum Tagungen als Indikator, so machen die großen DVPW-Tagungen der vergangenen Jahre den Überhang an policy-orientierter, empirischer Forschung gegenüber theoretisch-kritischen Arbeiten sichtbar.

13 Der Begriff des „versachlichten Maskulinismus" will in Anlehnung an Max Webers „versachlichte Herrschaft" (Weber 1980, 681ff.) auf die „Entpersonalisierung" von „Männlichkeit" hinweisen.

Politische Partizipations- und Aktionsformen, die sich nicht unmittelbar auf das politische Institutionensystem beziehen, sondern im Bereich des Privaten lokalisiert sind – z.B. Konsum- oder Reproduktionsverhalten –, werden politikwissenschaftlich marginalisiert, und politische Verhaltensmuster von Frauen sind Abweichungen von einer fiktiven „Norm/alität" (dazu kritisch: Bourque/ Grossholz 1974). Als „Objekte" der politikwissenschaftlichen Forschung fanden Frauen deshalb nur zögernd Eingang in die Disziplin, und zwar in dem Maße, wie Frauen in die politische Machtelite integriert bzw. wie sie als WählerInnenreservoir „entdeckt" wurden. Politik wird als männlicher Raum konstituiert und durch politikwissenschaftliche Kategorien und Konzepte als solcher festgeschrieben. Die überdimensional hohen Männerquoten in politischen Institutionen werden in der Regel nicht thematisiert, sie gelten vielfach als selbstverständlich. Politikwissenschaft beforscht also, ohne dass sie sich dessen bewusst wird, vornehmlich Männer und verfährt nach dem Prinzip: Wo keine oder wenig Frauen sind, gibt es kein Frauen- bzw. Geschlechterproblem, die Abwesenden, nämlich Frauen, werden nicht thematisiert, und Männer, die sichtbar Anwesenden, werden als geschlechtslos wahrgenommen.

Als Politologe gibt man gleichsam das Geschlecht an der akademischen Garderobe ab. Diese Geschlechtsblindheit legitimiert aber eigentlich männliche Eingeschlechtlichkeit und objektiviert sie als geschlechtsneutral. Politikwissenschaft gibt sich deshalb geradezu „geschlechtsverdrängend" oder „geschlechtsverleugnend" (Kreisky 1995, 27). Geschlechtsblindheit wirkt wie ein schützender Filter wissenschaftlichen Erkennens; sie filtert solche Fragestellungen und Begriffe politikwissenschaftlicher Forschung heraus, die männliche Begründungszusammenhänge sichtbar machen, d.h. vergeschlechtlichen würden.

Die feministische Kategorienkritik der vergangenen Jahre hat aufgezeigt, dass sich die geschlechtsblind-androzentrische Musterung durch alle Teilbereiche der Politikwissenschaft zieht.[14] M.E. sind es drei Aspekte, die politikwissenschaftliche Konzepte systematisch geschlechtsblind machen: *erstens* die Trennung von öffentlich und privat, *zweitens* eine fehlende gesellschaftstheoretische Grundierung und *drittens* die Entsubjektivierung von Politik.

Erstens: Das zentrale Muster, das hinter der Geschlechtsblindheit politikwissenschaftlicher Konzepte wirkt, ist die Definition des Politikbereiches. Eine enge Sicht des Politischen will Politik nur auf bestimmte Räume, Orte und Handlungsweisen beschränkt wissen und von anderen separieren. Dieser Politikdefinition liegt die fiktive Trennung zweier in der Realität zusammengehörender gesellschaftlicher Sphären zugrunde, nämlich von Öffentlichkeit und Privatheit, deren Wahrnehmungs- und Handlungslogiken den beiden Geschlechtern jeweils getrennt zugeschrieben werden.

14 Für die *politische Ideengeschichte* zeigte beispielsweise Carole Pateman (1988), dass die klassischen politischen Theorien des Gesellschaftsvertrages (Hobbes, Locke, Rousseau) geschlechtsblind sind und mithin einen frauenfeindlichen, androzentrischen Kern transportieren: den sexuellen Unterwerfungsvertrag. Wir finden androzentrische Muster in Problemstellungen der *politischen Systemlehre*, der *politischen Soziologie* und der *Parteienforschung* (kritisch u.a.: Schöler-Macher 1994, Meyer 1997, Geißel 1999) ebenso wie in den *Internationalen Beziehungen* (kritisch dazu: Ruppert 1998).

Politikwissenschaftliche Ansätze basieren auf diesen bipolaren Vorstellungen der Geschlechterdifferenz. Politik und Staat werden von vornherein mit der öffentlichen Sphäre gleichgesetzt und *maskulinisiert*, d.h. mit männlichen Rollenstereotypen codiert (Bourque/ Grossholz 1974, 225). „Private" Einschlüsse in politischen Institutionen wie Emotionen und (private) Beziehungen werden *feminisiert* und mithin ignoriert, selbst wenn es sich um männerbündische Freundschaftsbeziehungen handelt. Politik stehe jenseits des Privaten, das Private wiederum gilt als entpolitisiert. Politisches Handeln von Frauen wird auf diese Weise aus dem Bereich des Politischen hinausdefiniert, weil Politik sich ja nur auf den engen Bereich politischer Institutionen und Eliten in der öffentlichen Sphäre bezieht. Der weibliche Lebenszusammenhang, die Erfahrungen von Frauen und vor allem die politischen Regulierungen des vermeintlich Privaten werden politikwissenschaftlich geleugnet: So wurde beispielsweise die (sozial-)politische Durchsetzung der familiären geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bislang nur von feministischen Wissenschafterinnen thematisiert. Frauen werden im Umkehrschluss qua Geschlecht für unpolitisch und politisch desinteressiert erklärt (kritisch dazu: Meyer 1992). Auch wenn die empirische Partizipationsforschung inzwischen den „gender gap" im politischen Interesse (selbst-)kritisch würdigt, so bleibt die Erforschung der Gründe für das empirisch erhobene weibliche Interessendefizit nach wie vor unbefriedigend und das „Defizit" wird implizit Frauen angelastet.

Der politikwissenschaftliche Hauptstrom bemüht sich *zweitens* nicht um eine *gesellschaftstheoretische* Verortung seiner Begriffe und Konzepte, die auch den Geschlechterwiderspruch in den Blick nehmen könnte. Gesellschaftliche Macht- und Herrschaftskonstellationen sowie soziale Konflikte, die politische Institutionen und politisches Handeln prägen, ja gesellschaftliche Verhältnisse überhaupt, werden vom politischen Prozess abgekoppelt. Gesellschaft bleibt dadurch *amorph* und unbestimmt. Mit diesem unterkomplexen Gesellschaftsbild wird ein Geschlechterbegriff übernommen, der einer politikwissenschaftlichen Analyse eigentlich nicht adäquat ist: Geschlecht gilt lediglich als „Rolle", die man *jenseits* des Politischen erwirbt, in die man im Laufe des Lebens hineinsozialisiert wird und die dann „irgendwie" in eine *politische* Rolle transformiert wird (vgl. kritisch: Bourque/ Grossholz 1974, 225). Geschlecht wird zu einer „vorpolitischen" oder „außerpolitischen" Größe und bedarf dann auch keiner *politikwissenschaftlichen* Erklärung mehr. Politikwissenschaftliche Ansätze reproduzieren damit aber die klassischen Geschlechterstereotypen und nehmen sie als politisch nicht veränderbar hin. Auch politisch produzierte herrschaftsförmige Geschlechter*verhältnisse* können auf diese Weise nicht beleuchtet werden. Politikwissenschaft steht somit in der permanenten Gefahr, die „Gesellschaft", Subjekte und ihre Konflikte zu verlieren und sich in Systemen und aggregierten Daten – alle ohne Geschlecht – festzubeißen. Androzentrismus heißt in dieser Perspektive, dass die Politikwissenschaft tradierte, unhinterfragte überhöhte „Männlichkeitsmuster" und abgewertete Symbolisierungen von Weiblichkeit einfach übernimmt.

Politikwissenschaft untersucht *drittens* vornehmlich *kollektive* Akteure, Institutionen und Systeme, nicht aber handelnde *Menschen* mit einem Geschlecht. Begriffe wie „Subjekt" und „Individuum" werden in einschlägigen politikwissenschaftlichen Wör-

terbüchern (vgl. Fraenkel/ Bracher 1967, Görlitz 1976, Nohlen 1985, Mickel 1986, Nohlen 1995, Schmidt 1995, Schubert/ Klein 1997) nicht behandelt, sie zählen nicht zum zwingenden politikwissenschaftlichen Begriffsinventar. Nicht einmal der für die Sphäre des Politischen so zentrale Begriff des „Bürgers" findet in den meisten angeführten Lexika Erwähnung.[15] Handelnde Menschen, agierende Frauen und Männer sind also im politikwissenschaftlichen Auslassungs- bzw. Unterlassungskontext nicht *denk*bar, mithin auch nicht konzeptualisierungsbedürftig. Eine Folge dieser Kaschierung politischer Subjekte und politischer Individuen ist, dass damit den Handelnden und dem politischen Handeln die Geschlechtlichkeit genommen wird. Die historisch tradierte Maskulinität der Konstrukte „politisches Individuum", „Bürger" sowie Akteur fallen dem politikwissenschaftlichen Vergessen und der „Privatheit" – im Sinne von Gegebenheiten, die jenseits des Politischen angesiedelt werden – anheim.

Die unmittelbar politiktheoretischen und auch -praktischen Folgen dieser dreifachen Geschlechtsblindheit sind, dass Politikwissenschaft die *Ursachen* der Privilegierung von Männern und von Männlichkeit sowie der Benachteiligung von Frauen und weiblichen Praxen in der Politik kategorial nicht fassen kann. Es fehlt der Politikwissenschaft also das wissenschaftliche Grundinstrumentarium zur Kritik und Überwindung von Geschlechterhierarchie. So formt sich die maskulinistische Doppelhelix: Die „Männerträchtigkeit" des Gegenstandsbereichs „*Politik*" verstärkt und stützt die männliche Geschlechtsselbstverständlichkeit der *Wissenschaft*. Die androzentrischen *politikwissenschaftlichen* Sichtweisen reproduzieren wiederum die „Frauenlosigkeit" der *Politik*. Eva Kreisky und ich haben dies als männlichen „Schulterschluss" zwischen politischer „Praxis" und politischer „Wissenschaft" bezeichnet (Kreisky/ Sauer 1995). Anders ausgedrückt: Politikwissenschaft ist „Steigbügelhalterin" einer männlich dominierten Politik, weil sie die implizite maskulinistische Struktur des Forschungsfeldes nicht in Frage stellt.

4. Politische Transformationen am Ende des 20. Jahrhunderts – Kontexte einer feministischen Theoriedebatte in der Politikwissenschaft

An dieser Stelle soll kurz dargestellt werden, auf welche aktuellen Probleme feministische Politikwissenschaft eingehen, und welche neuen politischen Bedingungen sie theoretisieren sollte. Vor unseren Augen vollzieht sich ein seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus beschleunigter radikaler gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Wandel, der an allen Orten der Welt spürbar ist. Dieser neue Kontext des Politischen wird als postmodern oder als postfordistisch[16] (Hirsch/ Roth 1986), von anderen wiederum als „Globalisierung" (Altvater/ Mahnkopf 1996) begrifflich zu fassen gesucht.

15 Das „Politiklexikon" (Schubert/ Klein 1997) hat das Stichwort „Bürger" als Aspekt des „Bürgertums" aufgenommen. Im „Wörterbuch zur Politik" (Schmidt 1995) findet sich der Begriff „Akteur".

16 Die Gliederung der Entwicklung des Kapitalismus in eine „fordistische" Phase (benannt nach dem „Erfinder" des Fließbands und neuer betrieblicher Organisationsformen Henry Ford) und eine „postfordistische" Phase (deren Beginn mit der ersten tiefgreifenden kapitalistischen Krise nach dem Zweiten Weltkrieg Anfang der siebziger Jahre datiert wird) entstammt der neo-marxistischen Regulationsschule (dazu: Hirsch/ Roth 1986).

Ökonomische Globalisierung, politische Internationalisierung und nationalstaatliche Entgrenzung transformieren die Grundlagen von (nationaler) Politik radikal. Diese Politik neoliberaler Umgestaltung zeichnet sich durch neue Grenzziehungen zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen, zwischen Ökonomie/Markt, Politik und Gesellschaft, gleichsam durch eine „politische Revolution" (Brodie 1994) aus. Der Neoliberalismus bestimmt alle Koordinaten des Politischen, wie sie in westlichen Nachkriegsgesellschaften bestanden, neu: Politische Räume werden neu verhandelt, es ist ein Kampf um die Grenzen des Politischen in Gang, um das, was politisch sowie gesellschaftlich verhandel- und veränderbar ist. Die neoliberale Neuvermessung des politischen Raums hat die Ökonomisierung und Einengung des Politischen sowie eine *Entdemokratisierung* und *Remaskulinisierung* von Politik durch eine dichtere Vernetzung im vorparlamentarischen nationalen und internationalen Raum zur Folge (dazu u.a.: Narr/ Schubert 1994, Beck 1997). Die „global players" verschaffen sich in solchen Netzwerken mit größerem Erfolg Gehör und Einfluss als beispielsweise soziale Bewegungen oder sozial marginalisierte Bevölkerungsgruppen.

Der neoliberale Staat ist geschlechtsspezifisch selektiv. Er privilegiert die Interessen ressourcenstarker, internationalisierter Eliten in Ökonomie und Politik – nach wie vor mehrheitlich Männer – und vernachlässigt die Interessen nicht vom Weltmarkt profitierender Bevölkerungsgruppen, zu denen mehrheitlich Frauen zu rechnen sind. Anders gesagt: Der aktuelle Formwandel des Staates im Zeichen von Standort- und Sparpolitik bedeutet eine *Stärkung des Wirtschaftsapparates* des Staates. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung beispielsweise wird aber in diesen Debatten nicht in Frage gestellt; die Kanäle einer Politisierung dieses Problems bleiben ebenso verstopft wie jene einer gerechteren Weltordnung.

Der neoliberale anti-bürokratische Diskurs plädiert zwar für den *Abbau* staatlicher Umverteilungs- und gleichstellungspolitischer Maßnahmen, verschweigt aber zugleich, dass die sogenannten „Kernaufgaben" des Staates weiter *ausgebaut* werden. Dazu zählen die Institutionen des „Gewaltstaates", des disziplinierenden und strafenden Staates. Der neoliberale *Rückbau* des Staates ist also in Wirklichkeit ein *Umbau* staatlicher Zugriffsweisen auf die BürgerInnen. Politik und Verwaltung *gewinnen* dadurch an „Steuerungskompetenz und Definitionsmacht hinzu, da ihnen in zentralen Politikfeldern nicht mehr mächtige korporative Akteure" – wie z.B. die Wohlfahrtsverbände, Krankenkassen, aber auch Frauenorganisationen – gegenüberstehen, sondern weil direkt und unvermittelt auf BürgerInnen zugegriffen werden kann (Zimmer/ Nährlich 2000, 15), beispielsweise im Bürgergeldkonzept.

Diese ökonomischen, sozialen und politischen Transformationen werden nun Geschlechterungleichheit keineswegs beseitigen. Im Gegenteil: Das in den letzten 200 Jahren gültige und erfolgreich institutionalisierte hierarchische und ungerechte Geschlechterregime wird weiter, wenngleich in anderer Form beibehalten. Wir befinden uns nicht in post-patriarchalen Zeiten, wenn damit gemeint ist, dass Ungleichheit qua Geschlecht zunehmend unbedeutend oder von anderen Differenzen „abgelöst" wird. Vergeschlechtlichung wird vielmehr nach wie vor eine häufig angewendete staatliche Strategie zur „Lösung" sozialer und ökonomischer Probleme sein und hierarchische

Zweigeschlechtlichkeit eine Ressource der politischen und ökonomischen Transformation bleiben: Der Umbau westlicher Sozialstaaten beispielsweise erfolgt vielfach durch eine Wiederbelebung traditioneller Geschlechterverhältnisse: Frauen sollen einst staatlich erbrachte Leistungen wieder privat und unbezahlt erbringen.

Gegen alle Reden vom *Ende* der Politik befinden wir uns in einer Zeit des *Übergangs* von einer Form kapitalistischer Gesellschafts- und Politikorganisation in eine neue Form und nicht in einer Zeit des Niedergangs. Wir haben es also auch nicht mit dem Ende der Frauenbewegung zu tun, sondern mit einer radikalen Veränderung ihrer politischen Bedingungen. Der fundamentale Bruch in den ökonomischen, sozialen und politischen Repräsentationsformen und die Aushöhlung wohlfahrtsstaatlicher Sicherungen sowie von Bildungs- und Ausbildungsangeboten zerstören freilich traditionelle Orte und Formen von Frauenpolitik und Frauenbewegung (Brodie 1994, 58). Der Nationalstaat ist aufgrund der Internationalisierung bzw. Europäisierung politischer Entscheidungen immer weniger Ansprechpartner für Frauenpolitik, eine Strategie der „Integration" in den Staat durch Gleichstellungspolitik wird also zunehmend schwieriger. Deshalb ist ein strategischer frauenpolitischer Wechsel notwendig: Geschlechterdemokratie braucht neue Bündnisse mit solchen gesellschaftlichen Gruppen, die einem neoliberalen Umbau des (Sozial-)Staats ebenfalls skeptisch gegenüber stehen. Dies sind nicht allein Frauen innerhalb eines Nationalstaats, sondern auch die Vielzahl der aus dem Erwerbsleben hinausgeworfenen Männer sowie Männer und Frauen anderer Ethnien und Kulturen. Frauenbewegung und staatliche Gleichstellungspolitik müssen Ungleichheiten *zwischen* Frauen als politisches Faktum begreifen und differenzierte Strategien entwerfen, insbesondere für Frauen, die nicht in Positionen sind, von denen aus sie „gefördert" werden können. Nur so ist das politische Ziel gleicher Teilhabe von Frauen und Männern an politischen, symbolischen, kulturellen, sozialen und ökonomischen Ressourcen erreichbar.

5. Entgrenzung des Politischen – Vergeschlechtlichung der Politik: Geschlecht und Politik als Bezugsgrößen feministischer Wissenschaft

Diese Entwicklungen bilden den neuen Rahmen für (feministische) politische Praxis, und dieser sich verändernde Kontext des Politischen bedarf feministischer Theoretisierung. Weiterhin wird m.E. die Politisierung und Mobilisierung von „Geschlecht" für mehr Gleichheit und Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern notwendig sein. Feministische Politikkritik sollte deshalb im emphatischen Sinne an der *Geschlechterkategorie* festhalten, um nicht in die Falle des Neoliberalismus zu tapsen, „der euphemistisch von ‚Pluralismus', ‚Individualität' und ‚Differenz' spricht, wo Ungleichheit, Gewalt und Unterdrückung entproblematisiert" werden sollen (Knapp 1998, 67). Der begriffliche Wandel von der Frauen- zur Geschlechterforschung ist somit keine Entpolitisierung feministischer Wissenschaft, sondern ihre Re-Politisierung unter neoliberalen Konditionen. Denn dadurch geraten nicht nur Männer in den feministischen Blick, sondern Prozesse der Ver- bzw. Entgeschlechtlichung von Individuen, Normen und Strukturen. Geschlechterforschung kann und muss dazu beitragen, Frauen als

politische Gruppe entstehen zu lassen, als Gruppe, die differente, und einander auch widersprechende Interessen und Identitäten ausbildet. Geschlechterforschung sollte also die Vielfalt dieser Gruppe „Frauen" herstellen und Ungleichheiten *zwischen* Frauen als *politisches* Faktum herausarbeiten.

Politikwissenschaftliche Geschlechterforschung muss mithin je unterschiedliche Begriffe von Geschlecht, gesellschaftlicher Herrschaft und Politik zur Verfügung stellen, um die vielfältigen Mechanismen von Ausbeutung, Marginalisierung und Ausschluss zu benennen, zu kritisieren und zu transformieren. Kurz: Feministische Politikwissenschaft braucht eine Gesellschafts- und Politiktheorie. Diese ist nicht als ultimative Großtheorie, sondern als ein permanentes Denkprojekt zu begreifen. Daraus ergeben sich zwei Aufgabenfelder für politikwissenschaftliche Geschlechterforschung, nämlich die Zurechtlegung eines adäquaten Geschlechter- und eines darauf bezogenen Politikbegriffes. Abschließend möchte ich ein solches Programm skizzieren.

5.1 Geschlecht als Struktur, Institution und Handlung

Nicht zuletzt die postmoderne Kritik an der „Kategorie Geschlecht" schuf Anlässe zur Klärung des Geschlechterbegriffs. Durch die Problematisierung der „sex/gender"-Debatte (vgl. dazu Anmerkung 2) wurde „Geschlecht" selbst erklärungsbedürftig, und erst dadurch öffnete sich „der Raum einer kritischen (Gesellschafts-)Theorie des Geschlechts" (Maihofer 1995, 75). Geschlecht wurde in Anlehnung an Joan W. Scotts Schlüsseltext als „analytische" bzw. „Strukturkategorie" und nicht als bloß „deskriptive Kategorie" bzw. als bloßer *Gegenstand* der Forschung postuliert (Scott 1994, 50ff.). Eine Aufgabe feministischer Politikwissenschaft ist es somit, Geschlecht als *politisches* Phänomen zu formulieren. Dies heißt, dass die *politischen* Geschlechtsidentitäten in der Auseinandersetzung in und mit *politischen* Institutionen produziert und erworben werden. Der politische Raum entwickelt eine eigene Fähigkeit, politische Geschlechteridentitäten zu prägen und zu modifizieren. Und wenn wir von Frauen und *Politik* reden, dann müssen wir vornehmlich diese institutionelle Produktivität des Politischen und ihre Geschlechtsselektivität analysieren. Staat und Öffentlichkeit bleiben männliche Institutionen, selbst wenn Frauen dort Positionen innehaben: Die Räume sind „männlich" kodiert, und Frauen können deshalb nicht „als Frauen" teilnehmen, sondern müssen das männliche soziale Geschlecht übernehmen (Kocher 1999, 190).

Geschlecht als Strukturkategorie umfasst m.E. ein Doppeltes: zum einen die in Strukturen geronnene Zweigeschlechtlichkeit – die Geschlechter*verhältnisse* – eine strukturierte Struktur, zum anderen die permanente Produktion und Reproduktion, die *Herstellung* von Zweigeschlechtlichkeit – eine strukturierende Struktur. Diese Verwobenheit der System- und Akteursperspektive lässt sich als *Doppelcharakter* von Geschlecht und politischer Institution bezeichnen: Geschlecht *ist* eine politische Institution, und moderne politische Institutionen *haben* ein Geschlecht. Die politische Produktion von Männern und Frauen lässt sich dann als ein Prozess der Regulierung von Geschlechterverhältnissen, der Ver- und der Entgeschlechtlichung, der Maskulinisierung oder Feminisierung begreifen: Dies betrifft staatliche Institutionen, Politi-

ken, politische Wertsphären und politische Akteure. Mit der politik- und gesellschaftstheoretischen Fundierung von Geschlechterverhältnissen geraten auch andere gesellschaftliche Konfliktstrukturen wie Klassenlage, Ethnizität und kultureller Hintergrund deutlicher in den Blick, als dies bei der Konzentration allein auf Benachteiligungsstrukturen von Frauen der Fall war. Ein strukturbezogener Geschlechterbegriff hütet sich vor der Anmaßung, dass *eine* politische Kategorie das allein bestimmende Identitätsmoment sein kann.

5.2 „Trouble in politics" – Geschlecht als Politik

Feministische Politikwissenschaft sollte sowohl die Verengungen des *traditionellen* Politikbegriffs überwinden als auch die Unschärfen eines *feministischen* Politikbegriffs klarstellen. Idealerweise sollte dieser Politikbegriff analytisch sowohl den Aspekt der *Interessen*aggregation und -durchsetzung als auch den der *Identitäts*konstruktion erfassen; er soll Verteilungs-, Partizipations- und Repräsentationsfragen umfassen sowie gesellschaftliche Ordnung und Herrschaft thematisieren. In der Theoretisierung des Politischen sind sich feministische Ansätze trotz aller Vielfalt und Komplexität der Sichtweisen einig: „Weibliche Lebenszusammenhänge" sollen in ihrer Gesamtheit erfasst werden, und die feministische Entgrenzungsinitiative will eben jenes Persönliche und Private als Politisches begreifen. Das politikwissenschaftliche feministische Projekt sollte deshalb das einer „Geschlechtertheorie des Politischen" sein, einer Theorie, die Geschlecht zum Ausgangspunkt politischer Analyse macht und einen *weiten* Begriff des Politischen mit dem *engen* institutionellen Politikbegriff verknüpft. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr eines binnenfeministischen, selbstbezüglichen Diskurses, der den Anschluss an die institutionelle „Hardware" und an den politikwissenschaftlichen „Malestream" verliert.

Eine feministische Geschlechtertheorie des Politischen heißt zunächst nicht mehr, aber auch nicht weniger, als dem Geschlecht bzw. den Prozessen der Vergeschlechtlichung einen Stellenwert bei der Konzeptualisierung und Analyse politischer Phänomene einzuräumen. Bei der *Präzisierung des Politikbegriffs* müssen also Strategien für „Ent-Sexualisierungen" und „Vergeschlechtlichungen" von Politik ebenso bedacht werden wie die Geschlechterkritik an politisch gegebenen Institutionen und Organisationen. Politische Institutionen, Prozesse und Kulturen sind zugleich Ergebnisse wie auch stetige Produzenten politischer Zweigeschlechtlichkeit und damit des öffentlichen Frauenausschlusses und androzentrischer Politikstrukturen. Politik muss somit als Bereich konzeptualisiert werden, der Zweigeschlechtlichkeit, im Sinn benachteiligter Weiblichkeit und privilegierter Männlichkeit produziert. Mit einem solchen Konzept entsteht ein „neuer Begriff des Politischen": Zweigeschlechtlichkeit bringt überhaupt erst Politik hervor.

Politik ist nicht allein das Webersche „Streben nach Machtanteil" und der „Kampf um Gefolgschaft" (Weber 1993, 7f.). Politik ist *Kampf* um Repräsentation, ein Kampf um Bedeutung und Benennungsmacht (Bourdieu 1985, 19ff.). In diesem Verständnis zielt Politik auf die Durchsetzung einer „legitimen Wahrnehmungsweise" der Welt (ebd., 20). Politik umfasst also auch die Herstellung, die Konstruktion und die Reprä-

sentation von politischen *Identitäten* bzw. von sozialer und kultureller Differenz – oder auch die Unsichtbarmachung politischer Identitäten bzw. Akteure. Politik *beginnt* mit der Herausbildung von kollektiven wie individuellen Bedeutungen und Identitäten – auch von Geschlechtsidentität. Politikwissenschaftliche Geschlechterforschung bedarf also eines „kulturalistischen" Politikbegriffs, d.h. eines Begriffs von Politik, der die Verhältnisse – die Institutionen und die Akteure – „zum Tanzen bringt": Politik wird dann sowohl als eine subjektive Dimension als auch als eine objektive Struktur begreifbar.

Politik ist freilich nicht nur Handlung, sondern auch sedimentierte Struktur. Die „tanzenden" Strukturen bilden auch „feste Formen" heraus, die Handlungen begrenzen, auch erzwingen und mithin zwanghaft sind. Geschlechterforschung muss also einen Begriff des Politischen erarbeiten, der sowohl Herrschaft als Strukturdimension als auch ökonomische und symbolische Verhältnisse umfasst. Ein *kulturalistischer* Politikbegriff darf also materielle Grundlagen für politisches Handeln und politische Strukturen nicht ausblenden: Die Konstruktion des Politischen bewegt sich stets zwischen den gesellschaftlichen und ökonomischen Ansprüchen an politische Regulierung und den gesellschaftlich vorhandenen Vorstellungen und Deutungsmustern. Nur mit einem solchen Politikbegriff ist es möglich, emanzipatorische Aspekte von individueller wie kollektiver Selbstbestimmung und politischer Selbstvertretung von Frauen sowie die Veränderung patriarchaler Herrschaftsverhältnisse zu konzeptualisieren.

6. Erfolgschancen feministischer Politikwissenschaft – Von der Marginalität ins Ghetto?

Einstweilen hat sich feministische Politikwissenschaft eine Teilöffentlichkeit geschaffen, hat niemandem etwas weggenommen, ist keine große „Bedrohung" für den „Malestream". Die hierarchische Koexistenz zwischen Haupt- und diversen Nebenströmen wie der feministischen Politikwissenschaft ist immer noch garantiert. Doch diese Koexistenz ist eigentlich eine einseitige Ignoranz. Ich plädiere deshalb für einen Strategiewechsel in der Geschlechterforschung: Bislang besetzten feministische Politikwissenschafterinnen eher Terrain am Rande und nicht im Zentrum der Disziplin. Um Geschlechterforschung disziplinär selbstverständlich zu machen, bedarf es aber offensiver Grenzverletzungen: Frauenforscherinnen müssen sich im „Malestream" präsentieren und die „Abstoßungsreaktion" nicht persönlich, sondern politisch nehmen – als selbstberuhigendes Definitionsritual „der" Politikwissenschaft. Eine solche Professionalisierung *im* Fach bzw. *in das Fach hinein* birgt die Chance, trotz aller Mittelverknappung an den positionellen Ressourcen teilzunehmen. Dennoch sollte Geschlechterforschung auch immer *transdisziplinär* und *transwissenschaftlich* angelegt sein. Das bedeutet: Innovativen Schwung erhält die feministische Politikwissenschaft sicher nicht allein aus den Ansätzen der eigenen Disziplin, sondern durch Anstöße von außen – von *anderen Disziplinen* und aus *frauenbewegten Kontexten*. Ich möchte abschließend folgende These formulieren: Erst wenn die politikwissenschaftliche Ge-

schlechterforschung ihre disziplinspezifischen Konturen gefunden hat, wenn sie mehr Selbst„bewusstsein“ im Sinne des Wissens um ihren Gegenstand geschaffen hat, wird sie vermutlich sowohl mehr Gehör in der Frauenforschung als auch in der Politikwissenschaft finden und ihre „doppelte Marginalisierung“ überwinden.

Literatur

Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit (1996) *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. Münster.

Appelt, Erna/ Neyer, Gerda (Hginnen) (1994) *Feministische Politikwissenschaft*. Wien.

Beck, Ulrich (1997) *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung*. Frankfurt.

Beyme, Klaus von (1994) *Systemwechsel in Osteuropa*. Frankfurt.

Blättel-Mink, Birgit/ Mischau, Anina/ Kramer, Caroline (1998) *Politische Partizipation von Frauen – Nullsummenspiele im Modernisierungsprozess? Ergebnisse einer empirischen Studie in Baden-Württemberg*. In: Politische Vierteljahresschrift, Heft 4, 775-796.

Bourdieu, Pierre (1985) *Sozialer Raum und „Klassen“. Leçon sur la Leçon. Zwei Vorlesungen*. Frankfurt.

Bourque, Susan C./ Grossholz, Jean (1974) *Politics an Unnatural Practice: Political Science Looks at Female Participation*. In: Politics and Society, Nr. 4, 255-266.

Brodie, Janine (1994) *Shifting Boundaries: Gender and the Politics of Restructuring*. In: Bakker, Isabella (ed.) The Strategic Silence. Gender and Economic Policy. London, 46-60.

Cornelißen, Waltraud (1993) *Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinten Deutschland*. In: Helwig, Gisela/ Nickel, Hildegard Maria (Hginnen) Frauen in Deutschland 1945-1992. Bonn, 321-350.

Dackweiler, Regina (1998) *Die Frauenbewegungen im Blickfeld feministischer Politikwissenschaft*. In: Kreisky, Eva/ Sauer, Birgit (Hginnen) Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Opladen, 378-397.

Duverger, Maurice (1955) *The Political Role of Women*. Paris.

Evaluationsbericht (2000) des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Wien. Wien.

Fraenkel, Ernst/ Bracher, Karl Dietrich (Hg.) (1967) *Staat und Politik*. Frankfurt.

Frauen und Politik (1995) Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft. Bern et al.

Gehmacher, Johanna/ Singer, Mona (1999) *Feministische Forschung in Österreich. Eine Geschichte zur Fortsetzung*. In: Lutter, Christina/ Menasse-Wiesbauer, Elisabeth (Hginnen) Frauenforschung, feministische Forschung, Gender Studies: Entwicklungen und Perspektiven (Materialien zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft Bd. 8). Wien, 19-40.

Geißel, Brigitte (1999) *Politikerinnen. Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene*. Opladen.

Gilligan, Carol (1984) *Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau*. München.

Görlitz, Axel (Hg.) (1976) *Handlexikon zur Politikwissenschaft*. Reinbek bei Hamburg.

Greiff, Bodo von/ Koch, Claus/ König, Helmut (Hg.) (1997) *Der Leviathan in unserer Zeit*. Opladen.

Hartsock, Nancy (1990) *Political Science as Malestream Discourse: Can this Discipline be Saved?* In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 2, 151-160.

Hirsch, Joachim/ Roth, Roland (1986) *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*. Hamburg.

Kerchner, Brigitte/ Wilde, Gabriele (Hginnen) (1997) *Staat und Privatheit. Aktuelle Studien zu einem schwierigen Verhältnis*. Opladen.

Kickbusch, Ilona/ Riedmüller, Barbara (Hginnen) (1984) *Die armen Frauen. Frauen und Sozialpolitik*. Frankfurt.

Knapp, Gudrun-Axeli (1998) *Postmoderne Theorie oder Theorie der Postmoderne? Anmerkungen aus feministischer Sicht*. In: Dies. (Hgin) Kurskorrekturen. Feminismus zwischen Kritischer Theorie und Postmoderne. Frankfurt/ New York, 25-83.

Kocher, Eva (1999) *Geschlechterdifferenz und Staat*. In: Kritische Justiz, Heft 2, 182-204.

Kontos, Silvia (1986) *Modernisierung der Subsumtionspolitik. Die Frauenbewegung in den Theorien neuer sozialer Bewegungen*. In: Feministische Studien, Heft 2, 34-49.

Köpl, Regina (1984) *SPÖ-Frauenpolitik am Beispiel der Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruches*. In: Österreichische Zeitschrift für

Politikwissenschaft, Heft 4, 457-463.

Kreisky, Eva (1975) *Frauen im öffentlichen Dienst – Öffentliche Dienste für Frauen*. Wien.

Kreisky, Eva (1995) *Gegen „geschlechtshalbierte Wahrheiten". Feministische Kritik an der Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum*. In: Kreisky, Eva/ Sauer, Birgit (Hginnen) Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Frankfurt/ New York, 27-62.

Kreisky, Eva/ Sauer, Birgit (Hginnen) (1995) *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung*. Frankfurt/ New York.

Kreisky, Eva/ Sauer, Birgit (Hginnen) (1998) *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation*. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft Nr. 27. Opladen.

Kulawik, Teresa/ Sauer, Birgit (Hginnen) (1996) *Der halbierte Staat. Grundlegungen feministischer Politikwissenschaft*. Frankfurt/ New York.

Maihofer, Andrea (1995) *Geschlecht als Existenzweise. Macht, Moral, Recht und Geschlechterdifferenz*. Frankfurt.

Meyer, Birgit (1992) *Die „unpolitische" Frau. Politische Partizipation von Frauen oder: Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik?* In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 25/26, 3-13.

Meyer, Birgit (1997) *Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute*. Frankfurt/ New York.

Mickel, Wolfgang (Hg.) (1986) *Handlexikon zur Politikwissenschaft*. Bonn.

Narr, Wolf-Dieter/ Schubert, Alexander (1994) *Weltökonomie. Die Misere der Politik*. Frankfurt.

Neyer, Gerda (1986) *„Genossen, räumt die Plätze und fühlt euch entlastet"*. In: Jansen, Mechtild (Hgin) Halbe-Halbe. Der Streit um die Quotierung. Berlin(West), 112-119.

Nohlen, Dieter (1985) *Politikwissenschaft als Sozialwissenschaft*. In: Ders. (Hg.) Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1: Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) München/ Zürich, 724.

Nohlen, Dieter (Hg.) (1995) *Lexikon der Politik*, Bd. 1: Politische Theorien. Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) München/ Zürich.

Pateman, Carole (1988) The Sexual Contract. Cambridge.

Rosenberger, Sieglinde (1992) *Frauenpolitik in Rot-Schwarz-Rot. Geschlechterverhältnisse als Gegenstand der österreichischen Politik*. Wien.

Rosenberger, Sieglinde (1999) *Politikwissenschaft – eine feministische Verortung*. In: Hey, Barbara (Hgin) Innovationen. Standpunkte feministischer Forschung und Lehre. Wien, 131-150.

Ruppert, Uta (Hgin) (1998) *Lokal bewegen – global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht*. Frankfurt/ New York.

Schaeffer-Hegel, Barbara (Hgin) (1984) *Frauen und Macht. Der alltägliche Beitrag der Frauen zur Politik des Patriarchats*. Berlin.

Schmidt, Manfred G. (1995) *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart.

Schöler-Macher, Bärbel (1994) *Die Fremdheit der Politik. Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten*. Weinheim.

Schubert, Klaus/ Klein, Martina (1997) *Das Politiklexikon*. Bonn.

Scott, W. Joan (1994) *Gender: Eine nützliche Kategorie der historischen Analyse*. In: Kaiser, Nancy (Hgin) Selbst Bewusst. Frauen in den USA. Leipzig, 27-75.

Seibel, Wolfgang u.a. (Hg.) (1997) *Demokratische Politik. Analyse und Theorie. Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland*. (PVS zum 50-jährigen Jubiläum des Westdeutschen Verlages). Opladen.

Silverberg, Helen (1990) *What happened to the Feminist Revolution in Political Science*? In: The Western Political Quarterly, Nr. 4, 887-903.

Statistisches Bundesamt (1993/1999/2000) *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart.

Waylen, Georgina (1994) *Women and Democratization. Conceptualizing Gender Relations in Transition Politics*. In: World Politics, April, 327-354.

Weber, Max (1980/ Orig. 1921) *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen.

Weber, Max (1993/ Orig. 1919) *Politik als Beruf*. Stuttgart.

Weber, Max (1995/ Orig. 1919) *Wissenschaft als Beruf*. Stuttgart.

Zimmer, Annette/ Nährlich, Stefan (2000) *Zur Standortbestimmung bürgerschaftlichen Engagements*. In: Dies. (HgInnen) Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven. Opladen, 9-22.